

Die Republik Moldau fest in kommunistischer Hand

Erdrückender Wahlsieg der Partei von Präsident Woronin

Die Kommunistische Partei hat bei den Wahlen in der Republik Moldau vom Sonntag die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten und könnte sich damit eine Dreifünftelmehrheit im Parlament sichern. Damit hielte sie für die nächste Legislaturperiode alle Hebel in der Hand.

ruh. Prag, 6. April

Die regierende Kommunistische Partei der Republik Moldau hat in den Wahlen vom Sonntag laut vorläufigen Ergebnissen noch deutlich besser abgeschnitten als prognostiziert und einen Stimmenanteil von 50 Prozent erreicht. Demgegenüber kamen die drei wichtigsten Oppositionsparteien, die Liberaldemokraten, die Liberalen und die Formation Unsere Moldau, nur auf je 10 bis 13 Prozent (zusammen 35 Prozent). Neben diesen vier Parteien schaffte keine der 13 weiteren Gruppierungen den Sprung über die 6-Prozent-Hürde, die für den Einzug ins 101-köpfige Parlament gilt.

Djordje Ivanov wird neuer Präsident Mazedoniens

Klarer Sieg bei der Stichwahl

Skopje, 6. April. (dpa) Bei den Präsidenten- und Regionalwahlen in Mazedonien hat die konservative Regierungspartei VMRO klar gesiegt. Neuer Präsident wird ihr Kandidat Djordje Ivanov. Er gewann die Stichwahl um das höchste Staatsamt am Sonntag deutlich. Ivanov bekam fast doppelt so viele Stimmen wie sein Gegenkandidat, der Sozialdemokrat Ljubomir Frckoski. Allerdings lag die Wahlbeteiligung mit 42,6 Prozent nur knapp über dem vorgeschriebenen Minimum von 40 Prozent. Ivanov sagte am Montag, dass er nun die Verantwortung übernommen habe, Mazedonien in die EU und in die Nato zu führen.

Bei der Umrechnung in Mandate schlägt das Übergewicht der Kommunisten deshalb derart zu Buche, dass die Partei mit 60 bis 63 Sitzen rechnen kann. Erhält sie 61 oder mehr Sitze, kann sie aus eigener Kraft den Nachfolger von Präsident Woronin wählen, der seit 2001 regiert. Woronins zweite Amtszeit steht kurz vor dem Ende, und laut Verfassung darf der Präsident nicht mehr antreten. Woronin will nach eigenen Angaben nun eine Funktion im Parlament übernehmen. Ist dieses in drei Anläufen nicht in der Lage, einen neuen Präsidenten zu bestimmen, werden Neuwahlen ausgeschrieben. Da die drei Oppositionsparteien angekündigt haben, keine Kompromisse mit den Kommunisten einzugehen, kommt dem Umstand Bedeutung zu, ob Letztere genug Stimmen für die Präsidentenwahl erreichen.

So wie die Republik Moldau ein Land ist, von dem wohl kaum jemand auf Anhieb sagen kann, wo es genau liegt (entlang den Flüssen Pruth und Dnjestr zwischen der Ostgrenze Rumäniens und der Südwest-Ukraine und ohne Anstoss ans Schwarze Meer), so befindet es sich auch politisch in einem gewissen Niemandsland. Seit dem EU-Beitritt Rumäniens, mit dem die Moldau auch durch Sprache und Kultur verbunden ist, besteht einerseits direkter Kontakt zur Europäischen Union. Andererseits war die Moldau einst Teil der Sowjetunion und erfuhr dadurch eine forcierte Russifizierung, die im politischen Leben immer noch nachklingt. Moskaus Einfluss ist namentlich im abtrünnigen Landesteil Transnistrien (am Ostufer des Dnjestr), der vom selbsternannten «Präsidenten» Igor Smirnow geführt wird, sehr stark.

Die Republik Moldau kokettierte unter Woronin zwar damit, sich etwas vom Einfluss Russlands zu lösen und stärkere Kontakte mit der EU und der Nato zu suchen, doch der Georgien-Konflikt hat das Land wieder verunsichert. Und während der Präsident zu einem Russland, das Transnistrien allzu ostentativ unterstützt, vorübergehend auf Distanz ging, so versucht er inzwischen, so gut als möglich zwischen den Einflüssen

von Ost und West zu lavieren. Eine Abnabelung von Russland kann sich die Moldau aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten.

Wohin es unter einer Kommunistischen Partei gehen wird, die ihre Machtbasis auszuweiten vermochte, bleibt abzuwarten. Ein Analytiker hatte vor den Wahlen prognostiziert, bei einem Sieg der Opposition sei mit einer Stärkung der demokratischen Institutionen und einer vermehrten Westorientierung zu rechnen, wogegen im Fall eines Erfolgs der Kommunisten die Intensivierung des russischen Einflusses zu erwarten sei.

Woronin spricht in diffusen Umrissen von einer «europäischen Moldau». Während im Zusammenhang mit den Wahlen keine eklatanten Unregelmäßigkeiten bekannt wurden, ist das Land laut ausländischen Beobachtern jedoch noch ein gutes Stück von westeuropäischen politischen Gepflogenheiten entfernt. Die EU hofft nun, mit dem Projekt der Osteuropa-Partnerschaft, das auch die Republik Moldau einschliesst, Fortschritte bewirken zu können.

Die Ukraine ersucht die USA um Geld für Abrüstung

Kiew, 6. April. (Reuters) Das ukrainische Parlament hat die USA zur Wiederaufnahme von Zahlungen für den Abschluss von Abrüstungsmassnahmen aufgerufen. Ein entsprechender Appell an den amerikanischen Kongress wurde am Montag von 379 der 405 Abgeordneten verabschiedet. In einem 1993 mit der Ukraine unterzeichneten Vertrag verpflichteten sich Russland und die USA, das Land mit Geld bei der Zerstörung von Massenvernichtungswaffen zu unterstützen, die es als Hinterlassenschaft der Sowjetunion geerbt hatte. 2003 war der Mittelzufluss aus den USA nach ukrainischen Angaben versiegt. Das in der Ukraine seinerzeit stationierte Atomwaffenarsenal war damals das drittgrösste in der Welt.